

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen ist zu der harten Runde geworden, die wir erwartet beziehungsweise befürchtet hatten. In der ersten Verhandlungsrunde legten die Arbeitgeber wieder einmal kein Angebot vor und beklagten die unverhältnismäßigen Forderungen der Gewerkschaften. In der zweiten Verhandlungsrunde legten die Arbeitgeber ein Angebot vor, welches bestenfalls als Moggelpackung zu bezeichnen ist. Die Annahme des Angebots hätte Reallohnverluste für die Beschäftigten bedeutet. In der dritten Verhandlungsrunde bleiben die Arbeitgeber hartleibig und legten, auch wenn sie etwas anderes behaupten, kein verbessertes Angebot vor. Als Konsequenz

erklärten die Gewerkschaften die Verhandlungen für gescheitert und die Schlichtung wurde eingeleitet. Es bleibt nun abzuwarten, wie der Schlichterspruch aussehen wird. Auch abzuwarten bleibt, ob dieser Schlichterspruch von beiden Verhandlungspartnern angenommen wird. Sollte dies nicht der Fall sein, werden wir eine Urabstimmung unter unseren Mitgliedern im Tarifbereich durchführen, ob es zu unbefristeten Streiks kommen soll. Da die jeweiligen Fristen sehr eng sind, laufen im Hintergrund bereits die Vorbereitungen für die Urabstimmung.

Alle Verhandlungsrunden wurden von Protestaktionen begleitet. Zunächst haben wir regional, dann landesweite und schließlich bundesweite Protestaktionen und Warnstreiks durchgeführt, um der Arbeitgeberseite zu zeigen, dass wir es mit unserer Forderung ernst meinen. Ich vielen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen habe ich immer wieder gehört, dass es nun Zeit für eine spürbare Einkommenserhöhung ist und die Streikbereitschaft sehr groß ist. Es ist eben viel Druck auf dem Kessel. Ich danke al-

len Kolleginnen und Kollegen, die sich an den verschiedenen Protestaktionen beteiligt haben. Wir berichten in dieser Ausgabe ausführlich darüber. Besonders hervorzuheben sind die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ortsverband Rostock, die wieder einmal an zahlreichen Aktionen mit vielen Mitgliedern teilgenommen haben. Da über die Großdemo am 22. März 2023 in Berlin bereits ausführlich berichtet worden ist, haben wir in dieser Ausgabe auf einen weiteren Bericht verzichtet. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, die teilgenommen haben. Denn nur gemeinsam sind wir stark.

Ab dem 27. März hat dann der 32. BDZ-Gewerkschaftstag in Berlin stattgefunden. Der Bezirksverband Nord konnte mit einer fast 60-köpfigen Delegation an diesem höchsten Beschlussgremium teilnehmen und die gewerkschaftspolitischen Weichen für die kommenden fünf Jahre stellen. Trotz eines bundesweiten Streiks bei der Bahn und im Regionalverkehr konnten unsere Delegierten mit gemieteten Bussen oder auch in Fahrgemeinschaften nach Berlin anreisen. Der BDZ ist halt nicht zu stoppen!



© BDZ Nord

> Christian Beisch

Einen ausführlichen Bericht über den Gewerkschaftstag veröffentlichen wir in der kommenden Ausgabe des Regionalmagazins.

Im kommenden Jahr finden wieder die Personalratswahlen auf allen Ebenen statt. Wenn Sie ein Interesse an der Mitarbeit in einem Personalratsgremium haben, sprechen Sie bitte Ihren Ortsverband an.

Blieben Sie gesund!

Ihr

Christian Beisch,
Bezirksvorsitzender

Impressum:

Redaktion:
Bezirksleitung des
BDZ-Bezirksverbands Nord,
Christian Beisch (v.i.S.d.P.)
BDZ-Bezirksverband Nord
Mönkedamm 11
20457 Hamburg
Telefon 040.5118733
Fax 040.36099968
E-Mail: bnord@bnord.de
Internet: www.bnord.de

BDZ-BV Nord im Austausch mit Dr. Johann Wadephul MdB (CDU)

Am 20. Dezember 2022 kam es, auf Initiative des stellvertretenden Vorsitzenden des BDZ-BV Nord, Miguel Garcia, in Kiel zu einem Austausch zwischen Dr. Johann Wadephul MdB (CDU), Christian Beisch, stellvertretender Bundesvorsitzender und Vorsitzender des BV-Nord, und Vorsitzender des Bezirkspersonalrats bei der Generalzolldirektion.

Im Gespräch legten die Vertreter des BDZ die aus ihrer Sicht fatale Wirkung einer geplanten Umsetzung des Ergebnisses einer Organisationsuntersuchung der Sachgebiete C der Hauptzollämter dar. Diese Organisationsuntersuchung wurde bereits im Jahr 2016 durchgeführt, mit den aktuellen Zahlen der derzeitigen Planstellen aufbereitet und soll nun in zwei Schritten umgesetzt werden. Im ersten Schritt sollen überwiegend nicht besetzte Dienstposten verlagert werden. Dies trifft allerdings nicht auf die Kontrolleinheiten zu, die aufgelöst werden sollen. In unserem Vertretungsbereich trifft dies auf vier Kontrolleinheiten Verkehrswege (KEV) zu.

Im Wesentlichen ist auch nicht nachvollziehbar, wie die neuen Indikatoren und ihre Gewichtung für die Risikobewertung in dieser Organisationsuntersuchung zustande kamen.

Der BDZ sieht bei einer Verschiebung der vorhandenen Planstellen und auch im weiteren Verlauf des dazugehörigen Personals in den Großraum Ruhrgebiet, die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags an anderer Stelle nicht zuletzt hier bei uns im Norden in Gefahr. Dies hätte zur Folge, dass der Zoll als wesentliche Säule der Sicherheitsarchitektur an vielen Stellen geschwächt würde.



> C. Beisch, J. Wadephul und M. Garcia (von links)

Als Beispiel dafür wäre zu erwähnen, dass eine verbleibende KEV mit einer Personalstärke von circa 24 Beschäftigten, im Bezirk des Hauptzollamts Kiel für weite Teile von Schleswig-Holstein und für das Gebiet von Hamburg zuständig wäre. Wie bei einer solchen Konstellation eine flächendeckende Präsenz und eine gewisse Kontrolldichte aufrechterhalten bleiben soll, ist mehr als fraglich.

Das eigentliche Problem ist Folgendes: Man hat seitens

der Verwaltung wieder einmal versäumt, rechtzeitig den Entwicklungen entgegenzuwirken. Dieses will man jetzt durch Umverteilung der vorhandenen Ressourcen ausgleichen. Nach alter Manier; ein Loch wird aufgerissen, um ein anderes zu stopfen.

Herr Dr. Wadephul nahm mit Interesse die dargelegte Problematik auf und sicherte seine Unterstützung zu. Der konstruktive Austausch soll weiter fortgeführt werden. ■

BDZ-BV Nord setzt sich ein: Mehr Personal für das Sachgebiet C!

Über die Auswirkungen einer Organisationsuntersuchung der SG C bei den Hauptzollämtern tauschten sich MdB Christoph de Vries (CDU) und der stellvertretende Vorsitzende des BDZ-Bezirksverbandes Nord, Sebastian Harms, am 12. Januar 2023 aus.

In dem Gespräch tauschten sich Christoph de Vries und

Sebastian Harms über den expandierenden grenzüberschrei-

tenden Drogenschmuggel und dem boomenden Schwarzmarkt für Zigaretten sowie Wasserpfeifentabak aus. Darauf reagierend plant die Verwaltung die Verschiebung der vorhandenen Planstellen (und auch im weiteren Verlauf des dazugehörigen Personals) in den Großraum Ruhrgebiet zulasten des Nordens. Dies

muss unbedingt verhindert werden! „Die dauerhafte Verschiebung von Personal zulasten der abgebenden Bereiche, um notdürftig Lücken zu stopfen, war und ist keine Lösung“, meinte Harms. Hätte dies doch zur Folge, dass der Zoll als wesentliche Säule der Sicherheitsarchitektur an vielen Stellen geschwächt würde. Die Erfül-

lung des gesetzlichen Auftrags im Norden wäre in Gefahr. So plant die GZD unter anderem die vollständige Auflösung der Hamburger KEV, deren Aufgaben durch das Bestandspersonal aus dem SG C aus Rendsburg zu erledigen wäre. Problematisch sieht der BDZ vor allem:

- > Die fragwürdige örtliche Zuständigkeit des HZA Kiel in Hamburg.
- > Die Kenntnis über die örtlichen Verhältnisse der Rendsburger Kolleg(inn)en in Hamburg.
- > Die fehlenden Kontakte der dortigen Kolleg(inn)en zu den Zusammenarbeitsbehörden in Hamburg (unter anderem Polizei, Ordnungsamt).

De Vries äußerte, dass es auch andere zufriedenstellende Lösungen gäbe, ohne die Fachkompetenz vor Ort zu verlieren. „Etwa indem man das Problem für einen überschaubaren Zeitraum über Abordnungen regelt. Klar sei, dass wir die Kräfte dringend vor Ort in Hamburg bräuchten, um Shishabars zu kontrollieren und andere wichtige Aufgaben ordentlich zu füllen.“

Beide waren sich einig, dass eine strukturelle Maßnahme wie die Auflösung der Hamburger KEV die denkbar schlechteste aller Lösungen wäre.

Beide sehen in der personellen Stärkung der grenznahen Kontrollen einen wichtigen und seit geraumer Zeit notwendigen



© BDZ Nord

> C. de Vries und S. Harms (von links)

Schritt. Dies aber dauerhaft zulasten der Kontrollaufgaben der KEV im Norden zu führen, könne keine Option sein.

Vielmehr setzt sich der BDZ nicht nur für eine personelle

Stärkung der KEG, sondern auch der KEV ein. Herr de Vries zeigte sich an dem Thema sehr interessiert und sichert seine Unterstützung zu.

BV Nord im Austausch mit Ingo Gädechens MdB (CDU)

Am 13. Januar 2023 trafen sich der stellvertretende Vorsitzende des BDZ-BV Nord, Miguel Garcia, und Ingo Gädechens MdB (CDU) zu einem Austausch über die Themen „1,5 % pauschale kegelgerechte Stelleneinsparungen bei den Bundesbeamten und Neustrukturierung der Sachgebiete C der Hauptzollämter“. Beide Themen haben, aus Sicht des BV Nord, erhebliche Auswirkungen auf alle Kolleginnen und Kollegen, insbesondere bei den Sachgebieten B, C und den Zollämtern. Auch wenn die Stelleneinsparungen in den Bereichen des Vollzugsdienstes verhindert werden konnten.

Garcia erläuterte zunächst die Forderung, im Haushalt 2024 auf eine pauschale kegelgerechte Stelleneinsparung in der Zollverwaltung zu verzichten. Nach unserem Ermessen

macht es keinen Sinn, an der Einnahmeseite, sprich der Sachgebiete B, an Personal zu sparen. In den Sachgebieten B wird ein erheblicher Teil der Einnahmen der Zollverwaltung



© BDZ Nord

> I. Gädechens und M. Garcia (von links)

generiert und somit auch der des Bundeshaushalts. Dies alleine spricht für sich. Hinzu kommt der demografische Wandel. In Zukunft wird es immer schwerer werden, geeignetes und qualifiziertes Personal zu finden.

Den Zollämtern fehlt es derzeit schon an vielen Stellen an Personal, was längerfristige Auswirkungen auf die Wirtschaft, Stichwort Lieferketten, haben kann. Auch wenn versucht wird, durch Automatisierung in der Abfertigung

den Personalmangel abzumildern. Im Hinblick zum Beispiel auf den Verbraucherschutz, kann keine Automatisierung eine Beschau bei der Abfertigung ersetzen.

Im Anschluss berichtet Garcia über die Organisationsuntersuchung der Sachgebiete C. Diese

Organisationsuntersuchung ist aus Sicht des BV Nord eine einzige Farce. Unstrittig ist, dass es einen Mehrbedarf an Personal an der niederländischen und belgischen Grenze gibt. Nur durch an Haaren herbeigezogene Indikatoren, eine neue Risikobewertung festzulegen, um Planstellen und nicht zu-

letzt auch das zugehörige Personal zu verlagern, kann nicht die Lösung sein. Durch die Auflösung mehrerer Kontrolleinheiten Verkehrswege wird ein großer Pfeiler der Sicherheitsarchitektur gesprengt. Wir fordern mehr Personal, um den gesetzlichen Auftrag der Zollverwaltung als Teil der Sicher-

heitsarchitektur erfüllen zu können.

Herr Gädechens folgte den Ausführungen mit großem Interesse. Er zeigte Verständnis für die Problematik und sicherte seine Unterstützung zu. Der Dialog soll weiter fortgesetzt werden. ■

Konstruktiver Meinungs austausch

Bereits am 20. Januar 2023 trafen sich der Vorsitzende des BV Nord und stellvertretende Bundesvorsitzende Christian Beisch und der stellvertretende Vorsitzende des BV Nord, Miguel Garcia, zu einem Meinungs austausch mit den Abgeordneten aus der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Konstantin von Notz und Marcel Emmerich. Beide Abgeordnete sind Angehörige des Innenausschusses des Bundestags und beschäftigen sich mit den aktuellen Zollthemen.

stärkt sie nicht. Es bedarf zusätzlichen Personals.

Die Abgeordneten zeigten sich sehr interessiert an dem Thema und sprachen sich gegen einen Abbau von innerer Sicherheit aus. Auf die Forderung nach mehr Personal sagten sie, dass man das auch gewinnen müsse. Zusätzliche Einstellungsermächtigungen und Planstellen allein helfen da nicht. Beisch führte aus, dass der Zoll eine innovative Nachwuchswerbekampagne durchführe und die Einstellungsermächtigungen im Jahr 2022 vollumfänglich ausgenutzt werden konnten. Insofern würden zusätzliche Ermächtigungen und Planstellen schon helfen. Auch führte er aus, dass der Zoll aus den pauschalen Stelleinsparungen ausgenommen werden muss, da er einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Staatseinnahmen, der Sicherung der sozialen Sicherungssysteme leiste und ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitsarchitektur sei.

Die Abgeordneten sagten zu, sich der Sache anzunehmen und mit dem BDZ im Gespräch zu bleiben. ■



> K. von Notz, M. Garcia, C. Beisch, M. Emmerich (von links)

Die BDZ-Vertreter kritisierten die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung der Sachgebiete C und deren Auswirkungen. Anhand von Aufgriffszahlen machten sie deutlich, wie wichtig die Kontrollen an allen Grenzen

sind. Zieht man hier das Personal ab, wird die Kontrolldichte sinken und die Aufgriffszahlen ebenfalls.

Keinen Zweifel ließen sie daran, dass die Kontrolleinheiten im Westen verstärkt

werden müssen, aber nicht auf Kosten anderer Kontrolleinheiten. Das ist der falsche Weg, wieder eine Lücke zu stopfen, indem man an anderer Stelle eine neue aufreißt. Diese Taktik gefährdet die innere Sicherheit und

Aktionstag zur Einkommensrunde Bund und Kommunen 2023 in Kiel

Am 1. Februar 2023 fand anlässlich der Einkommensrunde 2023 an der Liegenschaft Kronshäger Weg 105 in Kiel ein Aktionstag in Form einer aktiven Mittagspause statt. Beschäftigte aller in der Liegenschaft vertretenen Dienststellen der Zollverwaltung setzten dabei ein deutliches Zeichen gegenüber den Verhandlungsführern der Arbeitgeber.



Der Vorsitzende des dbb Schleswig-Holstein, Kai Tellkamp, der an der Aktion teilnahm, berichtete aus der Bundestarifkommission (BTK). Tellkamp unterstrich die Forderung der Gewerkschaften von:

- > 10,5 % lineare Erhöhung des Einkommens

- > mindestens 500 Euro sowie 200 Euro für Auszubildende
- > zeit- und inhaltsgleiche Übernahme auf Beamte und Versorgungsempfänger

Kein Angebot der Arbeitgeberseite in der ersten Verhandlungsrunde ist inakzeptabel und nicht hinnehmbar.

„Die Zeit der warmen Worte aus dem politischen Raum muss vorbei sein. Jetzt müssen Taten folgen“, äußerte sich der stellvertretende Vorsitzende des BDZ-BV Nord und Vorsitzende des Ortsverbandes Kiel, Miguel Garcia. Gerade in Krisenzeiten (Corona, Ukrainekrieg) und den daraus resultierenden Schwierigkeiten haben

die Kolleginnen und Kollegen der Zollverwaltung bewiesen, wie weiterhin verlässlich gearbeitet wird.

Wir fordern daher bei der nächsten Verhandlungsrunde ein faires und wertschätzendes Angebot der Arbeitgeberseite. Denn wir, der öffentliche Dienst, sind systemrelevant! ■

Protestaktion beim HZA Hamburg am 7. Februar 2023

Geht es Ihnen auch so? Beim Einkaufen oder Blick auf den monatlichen Abschlag für die Energieversorger fragt man sich, wann das Leben wieder bezahlbarer wird.



Der nun fast ein Jahr andauernde schreckliche Krieg in der Ukraine hat Europa in seinen Grundmauern erschüttert. Die daraus entstandene Energiekrise und damit einhergehende Inflation belasten uns zunehmend.

Die laufenden Kosten sind nicht mehr einfach aus unserer Hosentasche zu begleichen. Bereits jetzt stoßen nicht wenige Beschäftigte an ihre finanzielle Schmerzgrenze. Dabei ist ein Ende der Inflation noch

nicht absehbar. Umso wichtiger ist ein ordentlicher Abschluss bei den Tarifverhandlungen.

Um unseren Forderungen im Rahmen der Tarifrunde Nachdruck zu verleihen, haben wir am 7. Februar 2023 eine Protestaktion beim HZA Hamburg durchgeführt.

Wir erwarten endlich ein zeitnahes und vor allem angemessenes Angebot von der Arbeitgeberseite! ■

Protestaktion am 21. Februar 2023 auf dem Rostocker Marktplatz

Mit einem ganztägigen Warnstreik am 21. Februar 2023 haben Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern ihren Ärger über den ergebnislosen Start der Verhandlungen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) zum Ausdruck gebracht. Bundesinnenministerin Nancy Faeser und die Präsidentin der kommunalen Arbeitgeber (VKA), Karin Welge, hatten in der ersten Runde kein Angebot vorgelegt.

Bei der zentralen Protestkundgebung in Rostock bekräftigte die stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission, Rita Mölders, vor den Demonstrierenden die Forderungen nach 10,5 %, mindestens aber 500 Euro mehr Einkommen.

„Was den einen recht ist, sollte den anderen billig sein“, sagte der dbb-Landesvorsitzende

Dietmar Knecht, „der Erhöhungsschritt in der Besoldung der Landräte in Mecklenburg-Vorpommern ähnelt unserer Forderung auffällig. Für uns ist das eine sehr motivierende Steilvorlage, denn die Begründung des Innenministeriums mit einer ‚besonders hohen Arbeitsbelastung‘ trifft schließlich auf alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu.“



© BDZ Nord

Die Forderung nach einer signifikanten Einkommenserhöhung bekräftigte – gerade auch im Namen der zahlreichen jungen Beschäftigten bei den Kommunen – André Kaelcke von der komba-Gewerkschaftsgruppe Rostock, die die Aktion federführend organisiert hatte. Angesichts der Tatsache, dass er derzeit die Hälfte seines Einkommens für die Miete aufwenden müsse, sei die Forderung keineswegs überzogen, sondern mehr als berechtigt.

Der BDZ stellte mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Ortsverbänden in Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere aus dem Ortsverband Rostock, wieder einmal mit das größte Teilnehmerkontingent. Neben den Kolleginnen und Kollegen

im aktiven Dienst haben auch zahlreiche Seniorinnen und Senioren teilgenommen und ihrem Unmut Luft gemacht. Es war eindeutig zu erkennen, dass es den Kolleginnen und Kollegen reicht und eine Menge Druck im Kessel ist.

Auch seine „Chefin“, die Rostocker Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger, die erst seit wenigen Tagen im Amt ist, wandte sich an die Demonstrierenden. Sie äußerte Verständnis für die Forderung der Gewerkschaften. Angesichts der zahlreichen offenen Stellen – allein in der Rostocker Stadtverwaltung seien es derzeit über 200 – müsse der öffentliche Dienst dringend handeln, um als Arbeitgeber attraktiver zu werden, betonte Kröger. ■

Protestveranstaltung in Hamburg

Bei der zentralen Protestkundgebung auf dem Gänsemarkt in Hamburg am 20. März 2023 bekräftigte dbb-Fachvorstand Tarifpolitik, Volker Geyer, vor 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Forderungen: „Wir fordern von der Arbeitgeberseite das sofortige Ende ihrer Blockadehaltung! Die Quittung für die zweifelhafte Taktik, nicht verhandelbare Angebote vorzulegen, bekommen sie überall im Land, auch hier in Hamburg. Unsere Geduld ist erschöpft“, sagte Geyer.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hätten Deutschland in den vergangenen drei

Jahren durch sich verschärfende Krisen geführt. „Jetzt ist es an der Zeit, dass die Kollegin-



© BDZ Nord

nen und Kollegen dafür eine ordentliche und faire Lohnerhöhung erhalten. Nur so bleibt

unser Staat dauerhaft handlungsfähig. Weitere Mogelpackungen und Nebelkerzen

kann sich niemand leisten – und wir werden sie nicht akzeptieren!“

Rudolf Klüver, Vorsitzender dbb hamburg, fügte hinzu: „Wir sind es leid, immer und immer wieder als Bittsteller aufzutreten. Wir sind es leid, dass Arbeitgeber und Dienst-

herrn unsere gute Arbeit nicht oder kaum wertschätzen. Und das muss sich auch in der Bezahlung und Besoldung ausdrücken. Warum müssen wir zum Beispiel den Senat hier in Hamburg verklagen, um eine verfassungsgemäße Besoldung für die Beamten zu erhalten? Wir haben gerechtfertigte und

auch finanzielle Ansprüche auf Wertschätzung und Anerkennung! Genau dafür sind wir hier!“

Unterstützung erfuhren die Demonstrierenden in Hamburg auch aus den Hansestädten Rostock und Stralsund. „Wir sind nach Hamburg gekommen, um zu zeigen, dass

der Norden zusammensteht, denn die Arbeitgeber scheinen offenbar nur die Sprache der Straße zu verstehen“, so der Landesvorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, der zusammen mit Kolleginnen und Kollegen der komba und des BDZ ebenfalls nach Hamburg gekommen war. ■

Jahreshauptversammlung Ortsverband HZA Hamburg – neuer Vorstand gewählt

Die Jahreshauptversammlung des OV HZA Hamburg erfreute sich am 30. November 2022 einer regen Beteiligung.

Zahlreiche Mitglieder nutzten die Möglichkeit, sich über aktuelle Themen zu informieren und sich nach langer Zeit mit altbekannten Kolleginnen und Kollegen aus den unterschiedlichen Sachgebieten auszutauschen. Im Mittelpunkt der Gemeinschaftsveranstaltung stand in diesem Jahr die turnusgemäße Vorstandswahl.

Mit deutlicher Mehrheit wurde Sebastian Harms (SG D) in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. Als seine Stellvertreter(innen) wiedergewählt wurden Kerstin Rochow (SG E), Cornelia Angeli (SG C), Tobias Schröter (Zollamt, AG10) und

Matthias Kemény (SG D). Als Stellvertreter(in) gewählt und neu dabei sind Ulla Groth (Zollamt, AG20) und Felix Reising (Zollamt, AG10). In ihrer Funktion im Amt bestätigt wurden Lothar Fischer (SG D) als Rechnungsführer sowie Claudia Sachse und Rico Wenzel (beide SG B) als Rechnungsprüfer(in).

„Wir haben uns unter anderem für die Beschleunigung der Sanierung der Raumschießanlage in Rahlstedt sowie der Umsetzung des Arbeitgeberzuschusses beim Profi-Ticket erfolgreich für unsere Beschäftigten einsetzen können. Den einge-



> Der neue OV-Vorstand mit C. Beisch

schlagenen Weg werden wir auch weiterhin konsequent verfolgen. Kommt gerne auf uns zu, wenn ihr Probleme vor Ort habt. Wir kümmern uns“, appelliert Sebastian Harms.

Der stellvertretende BDZ-Bundesvorsitzende Christian Beisch meint: „Die Herausforderungen für den Ortsverband werden in den nächsten Jahren

nicht geringer. Umso wichtiger ist es, dass sich möglichst viele Mitglieder vor Ort aktiv einbringen. Nicht alle Probleme können seitens der Dienststelle oder des Personalrates gelöst werden. Daher ist es die Aufgabe des Ortsverbandes, sich aktiv einzubringen und zu kümmern. Ich wünsche euch auch weiterhin ein glückliches Händchen.“ ■

BDZ in neu gewählter Landesjugendleitung im dbb hamburg stark vertreten

Am 7. Dezember 2022 fand im Wilhelmsburger Bürgerhaus die Neuwahl der Landesjugendleitung im dbb hamburg (deutscher beamtenbund und tarifunion) statt.

Mit Lisa Schmidt (Zollfahndungsamt Hamburg) und Felix Reising (HZA Hamburg)

stellt der BDZ somit zwei der fünf Stellvertreter(innen). Der BDZ nutzte die Möglichkeit

eines fachlichen Austauschs mit Gastredner Dr. Andreas Dressel (SPD; Finanzsenator

der Freien und Hansestadt Hamburg). Dieser begrüßt den geplanten Standort des BWZ

in Hamburg-Rothenburgsort deutlich.

Lisa und Felix sind sich einig: „Gemeinsam mit unserem neuen Vorsitzenden Matthias Hoppe, DPoIG, werden wir zukünftig energischer in den politischen Raum drängen. Zudem möchten wir unsere Möglichkeiten nutzen, um die Mitglieder mit attrakti-

ven Veranstaltungen, wie einer Barkassenparty oder einem Kickerturnier, besser untereinander zu vernetzen.“

Die Bezirksleitung des Bezirksverbandes Nord wünscht der neuen Landesjugendleitung viel Erfolg bei der Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben.



> Die neue Landesjugendleitung mit Finanzsenator Dressel

Mehr zur dbbj hamburg findet ihr auch unter: www.facebook.com/dbbjugendHamburg/

und zur BDZ-Jugend unter: www.bdz.eu/gremien/jugend.html

BDZ aktiv: Bowlingmeisterschaft geht nach Kiel

Am 20. Oktober 2022 fand im Rahmen der Veranstaltungsreihe des BDZ in Kiel, Rostock und in Hamburg sowie am 17. November 2022 in Stralsund die Wiederauflage des Bowlingturnieres statt.

Pandemiebedingt konnte nach drei Jahren endlich wieder ein gemeinsames Bowlingturnier der Ortsverbände im BDZ-BV Nord ausgespielt werden. Im Vordergrund standen vor allem der Spaß am Spiel sowie die Möglichkeit, sich – teilweise nach langer Zeit in Präsenz – wiedersehen und austauschen zu können. Dieses Angebot

wurde von unseren Mitgliedern rege genutzt. So verwundert es nicht, dass es am Ende nur hauchdünne Unterschiede zwischen den Erstplatzierten gab. Der neue BV-Meister im Bowling, Jan Renner (OV HZA Kiel), holte den Pokal vom Strelasund an die Kieler Förde. Man ist sich einig, dass Bowlingturnier

auch im nächsten Jahr wieder ausspielen zu wollen.

Platzierung

Ø Punkte in zwei Spielrunden

- > Jan Renner (OV Kiel) – 147,5
- > Jörg Hamann (OV Rostock) – 144,5
- > Heiko Zimmer (OV Kiel) – 142
- > Richard Obitz (OV Stralsund) – 141
- > Sören Schnoor (OV Kiel) – 134
- > Robert Ferner (OV Rostock) – 133,5



> M. Garcia (links) überreicht den Pokal an J. Renner.

Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Flensburg

Am 22. März 2023 fand die Jahreshauptversammlung des OV Flensburg statt. In der Gaststätte St. Knudsborg fanden von 100 Mitgliedern 16 Pensionäre und sechs aktive Kollegen zusammen. Als Gäste anwesend waren die Kollegen Münchow (Vorsitzender des OV Süderlügum) und Miguel Garcia (Vorsitzender des OV Kiel).



Miguel Garcia in seiner Funktion als stellvertretender Bezirksvorsitzender hat die Kollegen über aktuelle Geschehnisse in der Verwaltung informiert.

Ein Tagesordnungspunkt war die Neuwahl des Vorstandes des OV Flensburg. Der bisherige Vorstand stand aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht zur Wiederwahl an. Leider fanden sich im gesam-

ten OV keine Kollegen, die die Aufgaben eines Vorstandes übernehmen können oder wollen.

Das Ergebnis ist die Auflösung des OV, die in der dazu einzuberufenden JHV satzungsgemäß beschlossen werden wird. Diese wird am 10. Mai 2023 ab 17 Uhr im Dienstgebäude Waldstraße 20 in Flensburg stattfinden.